

FREIWIRTSCHAFT

Nr. 49 Januar/Februar 2012

Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen und Freunde,

ohne große Vorrede gleich zum Wesentlichen:

Was wäre wenn wir Freigeld in der Tasche hätten? (II.Folge) - GK -

Sind Sie der Ansicht, daß der Lohn bzw. das Gehalt, das Ihnen Ihr Brötchengeber zahlt, in einem annehmbaren Verhältnis zu Ihren geldlichen Verpflichtungen steht? Sofern Sie selbständig, freiberuflich tätig sind, sind Mühen und das viele Geld, das Sie einst in ihre eigene Ausbildung steckten oder in den Aufbau Ihres Geschäftes, tatsächlich dem Einkommen angemessen- das heißt, macht Ihr Einkommen den jahrelangen Verdienstaustausch wirklich wett?

Ich hege keinen Zweifel, daß Ihnen das Mißverhältnis zwischen Verdienst und dem, was man damit kaufen kann, längst aufgefallen ist- sonst würden Sie diese kleine Abhandlung erst gar nicht lesen. Wir wollen hierbei nicht von den Abzügen sprechen, die Sie auf der Abrechnung gewiß mit Zorn betrachten, weil man ja gar nicht weiß, ob man etwas dafür wiederbekommt. Ich meine damit Steuern, Krankenkasse, Altersversicherung usw.. Das wäre noch irgendwie zu rechtfertigen. Nein, der Unterschied zwischen dem, was man für die eigene Arbeit erhält und dem, was man auf dem Markte dafür kaufen kann, ist zu auffallend.

Ja warum bezahlt Sie Ihr Arbeitgeber nicht angemessen?

Weil er nicht nötig hat, Ihnen einen Cent mehr zu

geben als er muß. Auch Ihr Arbeitslohn wird grundsätzlich von Angebot und Nachfrage bestimmt, also vom gleichen Markt bestimmt, auf dem Sie einkaufen.. Tarifverträge verschleiern das nur, überheben Sie dem Problem, Ihren Lohn mit dem Arbeitsgeber selbst auszuhandeln. Dabei können Sie natürlich besser oder schlechter dastehen, als es Ihrer Leistung entspricht. Wer kennt nicht den Großbetrieb, wo oftmals Nieten mitgezogen werden, weil der Tarif so gut wie keine Leistungsunterschiede vorsieht?

Der kapitalistische Betrieb - und je größer, umso kapitalistischer! - fährt mit Tarifverträgen und Gewerkschaften durchweg besser als ohne sie. Denn eine Tatsache wird Ihnen bestimmt aufgefallen sein, zumal wenn Sie in Treue jahrelang Ihrem Betrieb dienen: Die stetige Geldentwertung, der Kaufkraftverlust läßt wegen des Tarifes die Kaufkraft Ihres Lohnes zurückbleiben, der „Arbeitgeber“ hingegen erhöht, weil der Markt es so will, die Preise seiner (von Ihnen erarbeiteten!) Erzeugnisse, braucht Ihnen aber die Differenz nicht auszuzahlen! Das Resultat wird Ihnen bekannt sein: Die Aktien Ihrer Firma steigen an der Börse, weil sie mehr Profit macht.

Warum sollte er noch an Ihren Verdienst denken? Er verfügt über eine andere Waffe gegen Sie, wenn Sie gegen die Minderung Ihres Arbeitsertrages rebellieren: (Denken Sie etwa an Streik?). Es stehen nämlich immer andere Arbeitskollegen vor dem Tor bereit, Ihren Arbeitsplatz zu übernehmen, und wenn es viele sind, gerne auch zu schlechteren Bedingungen als Sie mögen. Bedenken Sie, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem in der Regel auf 20 Arbeitsplätze mindestens 21 Arbeitsuchende kommen. Sollte das Verhältnis darunter sinken, spricht man in den kapitalbesitzenden Kreisen von „Arbeitskräftemangel“ und importiert frische Lohndrucker aus dem Ausland. Davor ist heutzutage niemand sicher. Vor 50 Jahren waren es Berg- und Industriearbeiter aus der Türkei, jetzt holen sich die internationalen Großkonzerne Akademiker aus Indien.

„Mangel an Arbeitskräften“

Wie solch ein „Arbeitskräftemangel“ sich darstellt, erlebten wir vor 40 Jahren, 1972, in Deutschland. Es ist also nicht so lange her, und ich besitze einige Dokumente und Erinnerungen dieser Zeit. Da stand an jedem Fabrikator ein riesiges Schild: „WIR STELLEN EIN:“ und darunter

eine lange Liste gesuchter Fachkräfte. Die Arbeitsmarkt-Anzeigen in den Zeitungen waren voll mit Versprechungen: „Gutes Betriebsklima“- „Aufstiegsmöglichkeit vorhanden“ „Verbilligtes Kantinenessen“ „Uebertarifliche Entlohnung“ „Zusatzurlaub“ „Überstunden möglich“ Unvorstellbar heute? Ja, leider! Denn nur wenige Jahre weiter lief die Hochkonjunktur aus und wir warten nun bereits 40 Jahre auf etwas Ähnliches- viele haben die Hoffnung bereits aufgegeben. Ursache: Die Profite (nur ein anderer Ausdruck für Zinserträge) mußten damals zunehmend verwendet werden, die Lohntüten aufzufüllen. Der allgemeine Lebensstandard hob sich merklich. Die 40-Stundenwoche wurde zur Regel. der Samstag war grundsätzlich arbeitsfrei. Aber Lohnverbesserungen sind dem kapitalistischen System auf die Dauer nicht erträglich. Das Natur des kapitalistischen Geldsystem verhindert die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen, auch wenn die schaffenden Menschen es so wollen.

Wirtschaftsaufschwung mit Freigeld

Mit dem Gebrauch von Freigeld nach Silvio Gesell ändert sich SOFORT das Verhältnis von Arbeit zum Kapital, weil es *bedingungslos* dem Markte zur Verfügung gestellt werden muß. Das gilt selbstverständlich auch für den „Arbeitsmarkt“. Freigeld macht die Hochkonjunktur zum Dauerzustand. Mit Freigeld brauchen wir Werktätigen nicht mehr zu fürchten, daß die schöne Zeit, wo der Unternehmer die Arbeitskräfte für seinen Betrieb mit den verlockendsten Angeboten umwirbt, bald vorüber ist. (Der Unternehmer kann dafür nichts, über das Wirtschaftswetter bestimmten allzeit die Geldbesitzer, Großkapitalisten, heute hochtrabend „Investoren“ genannt. Das Reichswährungsamt hat ihre Manipulationen-Geldschiebereien ein für alle mal beendet.)

Sobald Freigeld auf dem Markte Nachfrage hält, kann die Verbesserung des Lohnniveaus nicht mehr aufgehalten werden. Und zwar ganz ohne Streiks, Tarifverhandlungen, Arbeitsgerichte. Der erwerbslose 21. Mann, der früher vom System benutzt wurde, dem Zinsertrag den Vorrang vor dem Lohn zu garantieren, wird vom Arbeitskräftemangel einfach aufgesogen, verschwindet im „Wirtschaftsprozess“. Sorgt die Regierung, die Freigeld einführt, dafür daß die Großunternehmen keine Lohndrücker aus dem Ausland importieren, werden die Betriebe aus Eigeninteresse dafür sorgen, daß ihre Arbeitsbedingungen am günstigsten, die Löhne zufriedenstellend sind. Jeder Betriebsführer, der meint, daran vorbeizukommen, wird sich wundern, wie schnell die Belegschaft seinen Betrieb stilllegt. Ohne Streik, Ausstand, Aussperrung. Die sagen ihm nur: kurz und knapp: Chef, morgen ist für mich hier der letzte! Sehen Sie zu wo sie einen finden, der bei Ihnen noch arbeiten will!“

Mit Freigeld im Wirtschaftsverkehr können sich die Unternehmen leisten, ihrerseits die Löhne zu verdoppeln, zu verdreifachen- bei gleichbleiben-

den Warenpreisen versteht sich, weil sie selber Kredite zur Vorfinanzierung unter weitaus günstigeren Bedingungen, d.h. zinsfrei erhalten, eine Vermittlungsgebühr ist Arbeitslohn, kein Zins. Sie können denjenigen besser bezahlen, der durch seine bessere Leistung auch dem Betrieb wertvoller wird. Die Firmen haben keine Sorgen, ihre Erzeugnisse oder Leistungen auf dem Markte abzusetzen, denn dort wird ja ebenfalls und ausschließlich mit Freigeld gezahlt. Ihre „Marketing-Abteilungen“ und Handelsvertreter, die mit allem möglichen, denkbaren und undenkbar Methoden sich angestrengt um Kunden bemühten, werden aufgelöst, ihr Personal der Produktion eingegliedert.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg rechneten Freiwirte aus, dass man in der ausbeutungsfreien Freiwirtschaft mit zwei Stunden Arbeit täglich auskommen würde. Seitdem hat sich die Wirtschaft noch viel weiter rationalisiert. Mit moderner Technologie, würden wir, sobald uns der volle Ertrag unserer Arbeit zufließt, *mit einer Stunde Arbeit am Tag* auskommen. Auch das Millionenheer der Erwerbslosen, das kümmerlich- demoralisiert- von „Hartz“ leben muss, findet Arbeit, und verdient dann in ein paar Stunden in der Woche mehr als genug. Sobald uns unser Freigeld-Einkommen genügt, wir genug auf dem Sparbuch haben, dabei die Gewißheit, daß das Währungsamt uns vor Inflation und Deflation bewahrt, dann werden wir uns entschließen, anstelle der sogenannten „Werktage“ mehr Freizeit und Urlaub genießen! Wir werden uns unseren Familien und Kindern widmen, für die wir im kapitalistischen Ausbeutesystem keine Zeit hatten. Wir überlassen sie nicht mehr Kindergärten und Schulen, wo sie verstört und verdorben wurden, uns innerlich und äußerlich fremd wurden. Wir werden die Zeit besitzen, unsere bisher unterdrückten kulturellen Talente zu entwickeln. Die Möglichkeiten, unser Dasein damit zu verschönen, sind endlos. Und nicht zuletzt wird uns die Zuversicht, endlich einmal richtig zu LEBEN, auch Kraft und Willen verschaffen, unsere wirtschaftlichen Errungenschaften, unser Eigentum und unsere freigewordene Kultur zu verteidigen. Wir werden das für unsere freigewordene Gesellschaftsordnung gerne tun, der wir den großen Fortschritt verdanken, und wenn nötig mit Waffen.

Denn Kampf ums Dasein wird das Leben auch mit Freigeld und Freiland bleiben, so lehrte uns Silvio Gesell in der „Natürlichen Wirtschaftsforderung“..

*

Fahrt in den Abgrund- mit Geldinflation und Kapitalflucht

(<http://thecomoniccollapsblog.com/archives/>)- Übersetzung-

Wir haben unseren Lesern in den vorigen Rundbriefen von Standpunkt der Freiwirtschaft über die Auslandsverschuldung der USA infolge negativer Handelsbilanz berichtet. In Zusammen-

hang damit betrachten wir nachfolgend eine weitere Erscheinung des wirtschaftlichen Verfalls, der öffentlich kaum beachtet wird, aber für die US-Wirtschaft sich noch weit folgenreicher und nachteiliger erweisen wird

Wie die „Erste Weltmacht“ wirtschaftlich - am Eigennutz der „Investoren“ d.h. Großkapitalisten zugrunde geht:

1) Die USA-Wirtschaft verliert seit 2001 über 50.000 Arbeitsplätze pro Monat.

2) Zwischen Dezember 2000 und Dezember 2010 verschwanden produktive Arbeitsplätze

in Ohio 38%,

in North Carolina 42 %

in Michigan 48%

3) Nach einer Feststellung der US-Representative Betty Sutton verloren die USA in den vergangenen zehn Jahren 15 Produktionsstätten *pro Tag*.

Im vergangenen Jahre erhöhte sich die Zahl der Betriebsschließungen auf *23 pro Tag*.

4) Insgesamt sind seit 2001 nicht weniger als 56.000 Betriebsstätten geschlossen worden.

5) Zwischen 1969 und 2009 fiel das Durchschnittseinkommen des amerikanischen Arbeiters zwischen 30 und 50 Jahren real um 27%.

6) Gemäß einer Berechnung von Professor Alan Binder werden künftig weitere 40 Millionen amerikanische Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.“

Demgegenüber:

„Die offizielle Arbeitszeit in China ist 8 Stunden, gearbeitet wird aber in Schichten von 14-16 Stunden ohne wesentliche Pause. Die Firmen zahlen beinahe keine Beiträge für Altersversicherung, Unfälle, Krankheit usw.. Arbeitsunfähigkeit bedeutet in der Regel Entlassung.

Die chinesischen Fabrikherren könnten viele Arbeitserleichterungen ausführen und Bedingungen verbessern, aber das Los der Beschäftigten interessiert sie nicht. Der Verdienst eines Arbeiters in China ist durchschnittlich ein Dollar die Stunde, das heißt ein Zehntel dessen, was ein Amerikaner verdient.“

Freiwirtschaftlicher Kommentar:

Für Leser, die mit wirtschaftlich-finanziellen Hintergründen noch nicht recht vertraut sind:

Was wir hier sehen, sind Zeichen, die für *Kapitalflucht* typisch sind.

Die USA-Groß-Kapitalisten bereiten sich seit 10 Jahren (man denke an 9/11!) heimlich auf den Zusammenbruch der Dollarwährung und des Staates USA vor. Die Gefahr eines drohenden Bürger- und Rassekrieges in Amerika ist schon lange nicht mehr zu bestreiten. Der galoppierende wirtschaftliche Niedergang wird sein Nahen nur beschleunigen. Kapital ist feige, es rennt vor der kleinsten Gefahr davon. Man fürchtet, daß in so einem Kriege Fabriken, Büros, Gerät und Wohnstätten massenhaft zertrümmert werden, und damit wäre das in solche Anlagen „investierte“ Kapital, auch futsch.

Also werden die notwendigen Erneuerungen

unterlassen, denn alles verschleißt und verfällt ja über kurz oder lang. Es müßte ersetzt werden, aber die „Investoren“ denken nur an die kommende Staatspleite. Die *Abschreibungen werden daher nicht mehr für die Erneuerung zurückgelegt, sondern dem Gewinn zugeschlagen und- ins Ausland, vornehmlich China- transferiert*. Dort bietet jede Geldanlage dank der Löhne, die nur 1/10 betragen, eine weitaus bessere Verzinsung des Kapitals als in den USA, und eine schein kommunistische Terrorherrschaft bietet obendrein größere Sicherheit vor Volksunruhen infolge miserabler Löhne und Arbeitsbedingungen.

Wie immer im kapitalistischen System, verschlimmert der Eigennutz der Geldbesitzer die Wirtschaftslage ihres Staates. Sie wollen nicht das Geld verlieren, das sie über den US-Steuerzahler vom Staate erpreßten, das die von ihnen beherrschte US-Regierung sie verdienen ließ, ihnen zuschob, ihnen nachwarf.. Das US-Kapital flieht über die Grenze ganz ohne Lärm und Aufheben. Und niemand kann -will- es aufhalten!

In den heutigen USA präsentieren sich die Verhältnisse so: Wenn Kapital kein Vertrauen mehr zu seinem Staate und Geld hat, dann ist für kapitalistisches Denken praktisch alles aus. Wir möchten gerne wissen, wohin das Gold aus Fort Knox demnächst verlagert wird! Vielleicht nach Jerusalem-? Aber nein, da ist es auch in Gefahr, und die wird mit dem Fall des größten Vasallen Israels unendlich größer.

Postskript:

„Präsident Obama hat erklärt (10-01-2012), daß die *Schuldengrenze der USA um weitere 1,2 Billionen Dollar angehoben werden soll..*“ (Ist inzwischen vom Kongreß genehmigt)

Das heißt: Geldnotendruck ersetzt die durch Arbeitsplatzabbau und Kapitalflucht stetig schrumpfenden Steuereinnahmen. Die Regierung Obama ist viel zu schwach, den Abmarsch der „Auslandsinvestitionen“ und „Arbeitsplatzverlagerungen“ aufzuhalten. Außerdem sorgt die Macht der Großbanken, daß sie es gar nicht darf. Von niemand gehemmt, „retten“ täglich mehr „Investoren“ ihr hochempfindliches Kapital und lassen in den USA nur Arbeitslose, Ruinen und Schrott zurück.

Die Lawine rollt, sie gewinnt an Fahrt und Wucht. Aber wie viele, außer uns, sehen sie niedergehen? –GK-

*

Nicht mehr aufzuhalten!

<http://endoftheamericandream.com/archives/1-4-million-gang-members-and-more-pour-into-the-united-states-every-single-day> (Auszüge übersetzt)

„Eine gewaltige Armee schwer bewaffneter Krimineller hat sich in allen größeren Städten der Vereinigten Staaten etabliert. Beinahe jede Gemeinde in Amerika wird von diesen Verbechern betroffen. Drogen, Raub und Gewalttaten gehö-

ren zum täglichen Leben der Angehörigen dieser Armee. Sie rekrutieren ihre Mitglieder aus unserer erwerbslosen Jugend und dem Zulauf der illegalen Einwanderer.

Wenn einmal die Unruhen im Lande ausbrechen, werden sie eine Verbrechenslawine auslösen, die ohne Beispiel in der Geschichte der USA ist. Sie werden ganze Stadtteile niederbrennen.

Das FBI berichtet uns, daß es zur Zeit auf dem Gebiet der USA 1,4 Millionen Bandenmitglieder gibt, die in über 33 000 Banden organisiert sind. Seit 2009 hat sich ihre Zahl um 40% vermehrt. Das FBI sagt, daß 48% aller Gewalttaten direkt auf Aktivitäten der Banden hinweisen, so daß dies als nationale Krise bezeichnet werden muß, die Zustände sich aber nachweislich bereits weiter verschlechtern. Es ist bedauerlich, daß die Bundesregierung in Washington nichts unternimmt die Grenzen zu sichern und durch Nichtstun gestattet, daß fortlaufend neue Wellen von Illegalen ins Land schleichen. Eine beträchtliche Anzahl schließt sich sofort den Banden an. Diese Politik wird sich eines Tages für alle bitter auszahlen.

Nachfolgendes ist aus einer FBI-Verlautbarung: In vielen Gegenden der USA leben heute schon Familien hinter vergitterten Fenstern, sie wagen nicht mehr, im Dunklen das Haus zu verlassen, weil es lebensgefährlich geworden ist. Es gibt Stadtteile, die bereits vollständig von den Banden übernommen worden sind. Die Verbrecherbanden werden immer mächtiger und raffinierter. Sie betätigen sich im Menschenschmuggel, Drogenhandel und Prostitution. Sie dringen in „Arbeitsgebiete“ wie Banknotenfälschung, Urkundenfälschungen und Hypothekenbetrug ein. Ein Bericht des US-Justizministeriums vom Jahre 2009 schätzt die Mitgliedschaft der „18th Street Gang“ in Kalifornien auf 30 000 bis 50 000, von denen 80% illegale Einwanderer aus Mexiko oder Südamerika sind. Ihr Hauptgeschäft sind Handel mit Kokain, Marijuana, und in geringerem Ausmaß Heroin und Aufpuschdrogen. Sie verüben außerdem Autodiebstahl, Überfälle, Erpressung, Mord auf Bestellung, Betrug, Raub und Ähnliches...

Eine andere Bande, von der man vielleicht schon gehört hat, sind die „Latin Kings“. Sie hat in Chicago allein 18 000 Mitglieder. Sie ist die größte Hispanic-Gang der Vereinigten Staaten....

Das FBI sagt, daß Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten und Artilleriegeschosse bei den Banden gefunden wurden. Im November 2010 wurden in Los Angeles drei Marinesoldaten verhaftet, weil sie Militärwaffen an eine berühmte Straßenbande, Florencial 13, verkauft hatten.

Die harte wirtschaftliche Umwelt erleichtert den Banden, neue Mitglieder zu gewinnen. Es ist nun einmal so, daß es viel zu viele Leute gibt, die keine Arbeit finden und in das kriminelle Milieu abrutschen.“

Verbrecherunwesen ist IMMER eine Auswirkung finanziell- wirtschaftlicher Mißstände. Direkt ablesbar: Mit der Zunahme der Mißstände in einem Lande, wächst die Zahl derer, die zum Bandenkampf gegen Land und Staat schreiten. Leider wird die Regierung davon nicht betroffen, das Volk „unten“ aber muß leiden.

Wie oft müssen wir hier wiederholen, daß eben alles eine Geldfrage ist? Strafbare Untaten werden durch Freigeld am besten verhindert! Aber sagen Sie das mal den Politikern!

Wer über die Zusammenhänge zwischen Geld und Verbrechen in der Geschichte mehr lernen will, lese das Buch von Georg Kausch, „Die Unbequeme Nation“, zu erhalten durch die Geschäftsstelle des FWB. –GK-

*

Kompromißler fallen stets auf die Nase

(und wenn sie regieren, besonders blutig!)

Uns wurden und werden von wohlmeinenden Zeitgenossen immer wieder Vorschläge gemacht, an unserem Programm Freigeld und Freigeld Abstriche zu machen. Sie meinen, der Widerstand sei zu groß, wir könnten das Programm deswegen nicht erreichen, also müßte man das System beschwichtigen und sich mit Teilzielen begnügen.

Diese Leute vergessen (absichtlich oder aus Mangel an Denkvermögen?), daß es der Geldmacht nur aufgrund des *Dauergeldes* möglich ist, rücksichtslos zu herrschen. Wenn die Macht über einen Staat ihr auf irgend eine Weise entgleitet, was übrigens nicht selten der Fall ist, dann ruht man in den maßgebenden Kreisen des Großkapitals nicht eher, bis sie wieder in Kontrolle von Geld, Finanzen und Wirtschaft des Staates sind. Aus diesem simplen Grunde nrhmen sie Beschränkungen ihrer Vormacht und Gewalt nie hin, gleich welche wohlmeinende Idee unsere kompromißeifrigen „Freunde“ vorschlagen; auch nicht die demokratische Annahme von Wahlen und Volksbeschlüssen. Denn unbestreitbar laufen sämtliche Kompromiß-Vorschläge darauf hinaus, Willkür und Betrügereien der Kapitalisten („Investoren“) und Banken gesetzlich *einzuschränken-* zugunsten des schaffenden Volkes.

Ganz übel wird es, wenn ein Volk mit dem Wahlzettel der gewählten Regierung die (Voll-)Macht zubilligt und diese fürchtet sich davor. Man soll nicht annehmen, daß die Reformen Gesells in ausländischen Kreisen völlig unbekannt sind, im Gegenteil, gehört haben sie auch dort bestimmt davon. Daß sie nicht Fachleute in der Geldfrage sind, ist verständlich, aber sie könnten sich ja bei uns erkundigen. Nach unserer Ansicht geschieht das nicht, weil sie erstens Angst vor Silvio Gesell haben und ferner, weil sie hoffen, mit weniger Konsequenz und Kompromissen sich nicht den Zorn der Geldmacht zuzuziehen. Beispiele aus jüngster Zeit, wie Irak, Lybien, aber auch Griechenland, Irland, Island bieten ihnen keinen Lehrstoff. Und so wie-

derholen sie prompt die gleichen Fehler, im „Geiste“ aller Dummen hoffend, es müsse sich einmal ein anderes Resultat einstellen.

Nachfolgend bringe ich in gekürzter Übersetzung den Fall Ungarns an die Geldfinanz, über den in den Systemmedien beinahe nichts berichtet wurde. Vermutlich, weil er völlig unblutig ablief. Die Systemmedien spielen ja im großen Volksbetrug wissentlich mit. Denn es könnten ja nicht wenige - auch Nicht-Freiwirte - darauf kommen, daß das hintergründige Schema kapitalistischer „Demokratie“ und Machtübernahme überall überaus schematisch abläuft.

LewRockwell.com. (17-01-12), *independent.co.uk* (22'01'12)

„Die EU-Manager und die US Staatssekretärin Hillary Clinton besitzen die Unverschämtheit, die ungarische Regierung wegen „autoritärer Tendenzen“ zu verurteilen und verlangen, daß Ministerpräsident Orban die „Demokratie in Ungarn wiederherstellt“. Charles Gati, der einmal bei Hillarys Ehegemahl angestellt war, geht noch weiter und fordert, „die Orban-Regierung zu beseitigen, entweder auf demokratische Weise oder auf anderen Wegen“. Gati, der in der inzwischen umbenannten Kommunistischen Partei schon vor 1989 eine gewisse Rolle spielte, droht also mit dem gewaltsamen Umsturz einer einwandfrei demokratisch gewählten Regierung— im Namen der Demokratie! Dieser Gati hat sich vor dem von der CIA unterhaltenen „Freedom House“ (Freiheits-Haus) fotografieren lassen!

Für die „westliche Wertegemeinschaft“ ist das Problem mit Orbans Fidesz-Partei nicht Mangel an Demokratie, sondern *zuviel* Demokratie! Orbans Partei wurde 2010 mit einer nie dagewesenen 2/3 Mehrheit gewählt. Sie wurde von ungarischen Volk in die Regierung berufen, womit es die jahrelange finanzielle Mißwirtschaft und Korruption von Kommunisten, jetzt genannt „Ungarische Sozialistische Partei“ und ihren (Logen-)Brüdern, der „Allianz Freier Demokraten“ bei den Wahlen buchstäblich davonjagte. Die Ungarn hatte die Wut gepackt, als bekannt wurde, daß der damalige ungarische Ministerpräsident Ferenc Gyureszany ganz ungeniert erklärte, er und seine Parteifreunde in der Regierung hätten das Land ruiniert und das Volk belogen. Er hatte wörtlich gesagt: „Wir haben Scheiße gebaut, kein einziges Land in Europa hat so viel hinnehmen müssen wie durch uns. Wir haben es die ganze Zeit belogen. Es ist unbestreitbar, daß alles, was wir öffentlich sagten, nicht wahr war.... Wir logen von früh bis spät in die Nacht!“

Nach alledem war es nicht verwunderlich, wenn das ungarische Wahlvolk die Folgerungen aus dem eingestandenem Debakel zog und den etablierten Parteien den Tritt gab. Neu ist für Fidesc, wenigstens nach Überzeugung der EU und des US-State-Department, daß sich leider viel zu viele Ungarn gegen das korrupte Regime der Roten und Blauen entschieden. 2/3 für die

neue Partei war einfach unerträglich!

Weit schlimmer war es nach Ansicht von Brüssel und Washington, daß die neue Regierung von dem Mandat, das ihr der Volkswille gegeben hatte, nun auch Gebrauch machen wollte.

Was tat die Orban-Regeierung Schlechtes? Zunächst ersetzte sie die Verfassung aus der Stalin-Zeit, aber mit einem Wortlaut, den Brüssel und Washington ganz ungehörig fanden.

Orbans nächster Verstoß gegen „Demokratie“, wie sie von besagten Ausländern verstanden wird, war, daß er die Banken der Aufsicht ausgesuchter Beamten unterstellte, anstelle der Manager, die zu oft mit den fremden „Partnern“ zusammengegangen waren.

Solch eine Maßnahme bedeutete nun gewiß nicht das Ende der Notenbank von Ungarn, aber man sah das als bedrohlichen Warnschuß, der einmal das Ende der Macht des ungarischen Ben Bernanke bedeuten konnte. Prompt erklärte auch „Finanz-Experte“ Andrea Hoss, daß „Orban die *Unabhängigkeit der ungarischen Centralbank bedrohe*.“

Die europäische Kommission drohte daraufhin rechtliche Schritte gegen die Orban-Regierung an, wenn sie nicht „zur Demokratie zurückkehre“ und die Gesetze widerrufen würde, welche die „Unabhängigkeit“ der Zentral-Bank einschränkten. (und wir wissen, daß die Europäische Kommission, vorgeblicher Eckpfeiler der Demokratie, niemals gewählt wurde und alle Beschlüsse im geheimen faßt).

Leider naht nun für Orban das traurige Ende. Nachdem er noch im Vorjahr erklärt hatte, Ungarn brauche den IMF (Internationalen Geldfond) nicht, sieht er sich und sein Land finanziellen Manipulationen ausgesetzt, die Ungarn die Knie zwingen sollen. Die Zinsen wurden gewaltig heraufgesetzt, während Moody's die Staatsschuldenpapiere zu Müll abwertete. Der Forint fiel im Kurs plötzlich um 15%.

Verängstigt schickte Orban Herrn Fellegi nach Washington, um von IMF Generaldirektor Christina Lagarde zu erbetteln.

„Nicht so schnell“, sagte die ungewählte Lagarde vorige Woche. Zunächst muß Ungarn eine Anzahl von internen Gestzen ändern bzw. abschaffen und sich zur Demokratie bekennen. Dann erst wird der Preis eine IMF-Anleihe für Ungarn sein. Ein radikales Sparprogramm für das ungarische Volk müsse folgen.

Es scheint, die Orban-Regierung ist nun in Panik und will alles annehmen, wenn der IMF nur hilft. Sie sollte doch einmal nach Griechenland schauen, welche Ergebnisse eine IMF-Reform üblicherweise mit sich bringt!

Es ist klar, In dieser Lage wird das aufgezwungene „Armutsprogramm“ die Regierung sehr unpopulär machen. Eine schockierte und enttäuschte Bevölkerung wird sich in öffentlichen Protesten Luft machen. Und da wird man mit großzügiger Unterstützung aus der CIA-Kasse- und vergiftenden Lügenmeldungen der Fachleute von NED, NDI und IRI nachhelfen, daß die

Nachfolger des verrufenen alten Regimes zurückkehren, welches man im Westen offensichtlich vorzieht.

Die ungarische Regierung sollte sich doch endlich fragen, warum die lebende Generation sich ausplündern lassen soll. Warum soll es die uferlosen Schulden des Kommunisten-Regimes der 70er Jahre bezahlen? Und wo ist das geliehene Geld der 80er Jahre geblieben?

Es sieht nicht so aus, als würden die maßgebenden Ungarn der Lagarde, Barroso, Clinton usw. kurz und bündig erklären, sie könnten sie mal...“ *und die Währung Ungarns einfach von Internationalen Geldkapital abkoppeln- mit Freigeld... ZU SPÄT!*

Zu bemitleidende traurige Kompromißler? Was ist wohl schädlicher, Angst vor Silvio Gesell oder vor frecher Einmischung der internationalen Geldmacht? –GK-

*

Geldpolitik und Sanktionen der Unfähigen in Iran

<http://en.trend.az/regions/iran-24-01-12>

Der Leser wird fragen: Was soll's? Was geht uns Iran an? Haben wir nicht genug an der Eurokrise? Wird uns nicht täglich die Unfähigkeit „unserer“ Politiker in Geldfragen vor Augen geführt? Die Masse der Deutschen ist über die „Eurokrise“ so wenig beunruhigt wie über die erpresserische EU-Sanktionspolitik, die unserer Wirtschaft schon genug schadete und nichts erreichte als daß die Iraner eben woanders einkaufte. Weil man in deutschen Medien nichts davon erfährt, haben wir in früheren Rundbriefen darüber berichtet. Das ganze Hick-Hack um die Euro-Krise ist wegen politischer Puscherei, Unfähigkeit, Unsicherheit und Vernebelungsaktionen auch für den erfahreneren Freiwirt nicht leicht zu verfolgen. *Demgegenüber bietet der nachfolgende Bericht über Iran den unschätzbaren Vorteil, sich in der Kenntnis geldpolitischer Zusammenhänge zu schulen und vom Standpunkt der Freigeldlehre zu prüfen.* Gesells Lehren auf die Politik der Unfähigen in Iran anzuwenden, wird sogar im Neuling ein Gefühl der Überlegenheit erwecken und ihn stolz machen: ER weiß mehr und besser in Geldfragen Bescheid als Minister und Bankdirektoren!

Wir haben in Rundbrief Nr.44- April 2011- berichtet, daß die Wirtschaft Irans von schwerer Inflation belastet ist, die seine Maßgebenden aus Unkenntnis- wozu wir den Staatspräsidenten Ahmadinejad zählten- nicht in den Griff bekommen. Ich empfehle dem Leser, diesen Bericht noch einmal nachzulesen, dann wird ihm das Nachfolgende besser verständlich. Jetzt erfahren wir folgendes:

„Die Lage auf dem Valuta-Markt ist nicht günstig. Am 23.01.12 stand der Wechselkurs zum US-Dollar auf 21 000 Rial, das bedeutet einen Fall um 10400 Rial gegenüber dem Vorjahr.“

Wir entnehmen daraus, daß sich der Wechselkurs des Rial innerhalb von knapp einem Jahr

halbierte! Ursache ist die rasend schwindende Kaufkraft des Rial. Der Bezug auf den ebenfalls schwindstüchtigen Dollar beweist indirekt, daß die Inflation in Irak weitaus schneller fortschreitet als in den USA. Das hat, man beachte, gar nichts mit Sanktionen zu tun, denn der RIAL ist ja Irans nationale Währung. Schuld an Irans galoppierender Inflation ist ausschließlich der Geldnotendruck seiner Centralbank, mit allen Folgen, die üblicherweise daraus entspringen. Dieser Währungsverfall zerstört nicht nur Wirtschaft und Märkte in Iran, sondern unvermeidlich auch die Volksmoral. Preissteigerungen alle Tage müssen unaufhaltsam die Volkswut hervorrufen..

Die Maßgebenden Irans, von Ahmadinejad angefangen, schließen die Augen vor den Ursachen, bis sie eines nicht mehr fernen Tages vom nächsten Volksaufstand weggefegt werden. Wohl gemerkt, nicht infolge der wirkungslosen Sanktionen, sondern aufgrund ihrer völligen Inkompetenz in der Geldfrage.

Unfähig sind sie, weil sie die theoretische Grundlage, das Quantitätsgesetz nach Silvio Gesell nicht kennen und noch weniger anzuwenden wissen. Das bitte ich so zu verstehen, daß gewisse vernünftige finanzpolitische Entscheidungen auch heute durchaus möglich sind. Der Umgang mit Geldscheinen, Banken, Bankkonten, Geschäfte aller Art, auch Importen und Exporten ist Orientalen wohl vertraut. Als geriebene Händler, denen Geld alles bedeutet, sind sie vielleicht unschlagbar. Mit Schläue lassen sich damit hübsche Gewinne erzielen. Doch darauf kommt es in dieser Sache nicht an. Die Frage ist, ob sich mit besagten persischen Händler-Talenten ein strategisches Ziel erreichen läßt, das die Gefahr gewaltsamer Beseitigung der Regierung Ahmadinejad unmöglich macht. Und mit dem zugleich die Sanktionen wirkungslos verpuffen. Nach Verhalten und Taten der Verantwortlichen kann davon keine Rede sein.

„Iran hat rund 75 Mrd. US-Dollars Guthaben im Westen schon vor 2008 abgehoben. Iran hat 250 Tonnen Gold bei der Schweizerischen Kreditbank abgezogen, was etwa 5 Mrd. Schweizerfranken entspricht. Die Schweizer Zeitung „Der Bund“ berichtet, daß Iran ungefähr 700 Tonnen Gold, entspricht ca. 16 Mrd. Sfr. abholte und sie nach Teheran verbrachte. Es scheint, daß für die vom Westen beschlossene Einfrierung iranischer Guthaben nicht viel zurückgeblieben ist.“

„Der Gouverneur der Central Bank von Iran, Mahmoud Bahmani, sagte im Juli 2011, daß Iran die Goldbestände um 10 Mrd. erhöhte. Die Centralbank sitze auf 400-500 Tonnen Gold, die allen Sanktionsmaßnahmen entzogen sind.“

„Die Auslandsgeschäfte Irans waren 2010 legal 58,5 Mrd. Dollar, davon 14,6 Mrd. mit der EU. Die Geschäfte mit Asien sind im Steigen. Allein der China-Handel betrug rund 30 Mrd. Dollar. Er soll auf 45 Mrd. jährlich steigen. Hinzu kommen

„illegale“ Geschäfte von rund 20 Mrd. Dollar/ Jahr.“

„Das Hauptgeschäft sind Ölexporte, die 80% des Einkommens Irans ausmachen. Das Exportgeschäft auf Dollar-Basis nahm ab wegen der politischen Einschränkungen. Iran handelt jetzt mit Indien und China auf der Grundlage derer nationaler Währungen.“

Hier kommt die erschreckende Schwäche Irans zum Vorschein: Sie ist nicht politisch oder militärisch, Irans politische Macht kränkelt an seiner verfallenden Währung! Die Handelspartner Irans wollen keine Geschäfte in Rial, der bereits am nächsten Tage Kaufkraft verliert. So bleibt den Överkäufern nichts übrig, als die Bezahlung in asiatischen Währungen anzunehmen und im Gegenzug deren Produkte einzuhandeln, auch wenn sie der iranischen Wirtschaft wenig Nutzen bringen bzw. minderwertig sind. Mit der Verschärfung der EU-Sanktionen bleiben demnächst die heißbegehrten Euros dem iranischen Handel fern. So werden vor allem Qualitätswaren aus Deutschland verschwinden, dem entsprechend werden die Verdienstaufschläge der deutschen Wirtschaft wachsen. Wir haben ja schon früher festgestellt, daß die Merkel für fremde Interessen alles tut (sie hat sich sehr für die Verschärfung der Sanktionen eingesetzt), für den gleichzeitigen Schaden des deutschen Volkes kein Empfinden besitzt.

Irans Verantwortliche waren zwar schlau genug, die iranischen Guthaben abzuziehen bevor sie wie im Lybien Ghaddafis- von der geldgierigen „westlichen Wertegemeinschaft“ gestohlen werden konnten. Aber auch in diesem Fall kommt die Schwäche der iranischen Währung zum Vorschein, denn im Ausland waren die Erlöse Irans vor der tollen Inflation im Lande einigermaßen sicher! Mit der Möglichkeit des Raubes wurde das anders- und das Kapital der iranischen Kapitalisten floh mit Lichtgeschwindigkeitbuchstäblich! Vom freiwirtschaftlichen Standpunkt ist es eine Schande, wie sehr kapitalistisches Denken der Iraner und der schwache Rial verhinderte, damit die eigene Wirtschaft (und Industrie) aufzubauen und von Importen unabhängig zu werden.

Was aber taten die maßgebenden Staatsfunktionäre? Sie legten einen großen Teil der Guthaben nicht in Gütern und Waren, nicht in der Wirtschaftsverbesserung ihres Landes an, sondern in Gold und verschatzten es in den Tresoren und Kellern der Zentralbank! Im 21. Jahrhundert dem Goldaberglauben anzuhängen-- kann jemand mehr beschränkt bzw. ahnungslos sein?

Nutzlos liegt es da, und davon erwarten sie..... ja was eigentlich? Ist das Gold der Zentralbank eine Waffe, ein politisches Druckmittel, ein wirtschaftlicher Katalysator? Nichts von alledem!

Nutzen würde Iran nur, wenn seine Führer das Gold gegen die „westliche Wertegemeinschaft“ einsetzen, denn für deren Goldaberglauben und Gier nach Gold würde man ihnen vermutlich so-

gar Atomwaffen verkaufen! Zumindest Abwehrwaffen, die ein freier Staat zu seinem Schutze braucht.

Wir müssen leider feststellen, daß bei der Geistesverfassung der iranischen Führer- abgesehen von der hirnschädigenden Rolle ihres religiösen Aberglaubens- mit wissenschaftlichen und freien Gedanken nicht zu rechnen ist. Also werden sie auf dem Gold sitzen bleiben, bis es ihnen unter dem Hintern fortgenommen wird, sie selbst gehängt werden. Und zwar vom iranischen Volke, weil sein sich zwangsläufig verschlechternder Lebensstandard den fremden Agenten des Großkapitals ermöglichen wird, die Erbitterung über die Ausbeutung, die siechende Wirtschaft, die fortwährend schwindende Kaufkraft des Rial zur Rebellion auszunutzen. Weil die Staatslenker in der wichtigsten Sache, der Geldfrage, versagen, ist das Volk gegen sie zu empören. Vergessen wir nicht, das iranische Volk weiß nichts von der schäbigen Rolle des verbrecherischen Zentralbank Gouverneurs Mahmoud Bahmani, nichts vom Gold in den Kellern der Zentralbank, von den lukrativen Ölfeldern in den Händen seiner reichen Klans, dem verheimlichten Räuberplan der internationalen Finanz, die die Aufhetzer bezahlt.

Wir wünschten, die Zukunft Irans sähe günstiger aus! Aber mit der verantwortungslosen Politik und der geringen Weisheit, mit der man Iran regiert, ist nichts besseres zu erhoffen. Es sei denn, man ist im Westen noch dümmer. Was allerdings nicht ganz auszuschließen ist. –GK-

LESERZUSCHRIFTEN

Geld regiert die Welt und wer regiert das Geld ?

Mit dieser Überschrift titelte Der Spiegel seine vorletzte Ausgabe des Jahres 2011. Die erste Aussage : „ Geld regiert die Welt “ ist, seit es Geld gibt, bekannt. Sie wurde und wird oft verwendet und ist vielleicht insgeheim nicht ganz ernst gemeint oder wird nicht ganz ernst genommen. Der zweite Teil : „ ...und wer regiert das Geld ? “ ist neu seit die Welt von einer Finanzkrise in die nächste taumelt und Regierungen aller Länder nicht wissen, wie sie die Probleme in den Griff bekommen sollen. Die Antwort auf die anfangs gestellte Frage bleibt Der Spiegel schuldig. Doch vor allem ist eine Lösung der Probleme, die uns das kapitalistische Finanz – und Wirtschaftssystem beschert hat, aus den Darstellungen des Artikelschreibers und auch aus den Leserbriefen nicht erkennbar. Die Frage bleibt : wer regiert das Geld ? und was muß geschehen, um aus der Misere heraus zu kommen?

Vergleichen wir einmal unser Finanz – und Wirtschaftssystem mit einem Fußballspiel und nehmen an, dass uns lediglich das Ergebnis am Ende des Spiels mitgeteilt wird. Damit wissen wir nichts über das Spiel selbst : wer hat die Tore geschossen, war es ein spannendes Spiel,

hat wirklich die bessere Mannschaft gewonnen, haben die Schiedsrichter richtig entschieden und war nicht möglicherweise Betrug im Spiel und vor allem aber : wurden die Spielregeln von allen am Spiel beteiligten Schiedsrichtern und Spielern eingehalten ? Wohl kaum ein Fußballbegeisterter wäre mit dieser Maßnahme einverstanden, es würde Proteste über Proteste hageln, bis wirklich alle gewünschten Informationen bekannt gegeben werden. Für Viele allerdings, die sich weniger aus Fußball machen, ist weder das Eine noch das Andere von Interesse, sie gehen ihrer Beschäftigung nach und legen dem Spiel keinerlei Bedeutung bei, obwohl Fußball in unserer heutigen Zeit ein Wirtschaftsfaktor ist und in den Medien diesem Spektakel viel Sendzeit im Fernsehen und Platz in den Printmedien eingeräumt wird.

So oder so ähnlich läuft es aber in unserem Finanz – und Wirtschaftssystem ab, ohne dass allerdings in letzter Konsequenz wirklich wichtige Einzelheiten bekannt gegeben werden. Nur Insider kommen an Informationen heran, die dann oft in verklausulierter Form veröffentlicht werden, ohne den Kern der Dinge preiszugeben. Das Ergebnis von Verhandlungen – vergleichsweise unserem Fußballspiel – wird dann noch als alternativlos dargestellt, so dass wir Menschen, Bürger in diesem Staate, nur noch zustimmen oder in Resignation verfallen können und zu dem Ergebnis kommen : Wir können ja doch nichts dagegen machen !!

Die Demokratie bleibt auf der Strecke, die Wahlbeteiligung geht rapide zurück, ohne eine entsprechende Auswirkung auf die Zusammensetzung der Parlamente zu bewirken. Die in den Parlamenten vertretenen Parteien – ich bezeichne sie insgesamt als Einheitspartei – bleiben auch diesmal wieder ohne Opposition. Die Opposition bleibt draußen ! Als außerparlamentarische Opposition hat und hatte sie bis jetzt keine Chance an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Die Frage : Wer regiert das Geld ? bleibt also unbeantwortet und kann auch nicht von den Entscheidungsträgern in unserem System beantwortet werden, weil sie alle von diesem System abhängig sind. Sie profitieren von dem System und werden ohne Vernunft und Einsicht weitermachen mit Instrumenten, die uns in diese Situation hineinmanövriert haben. Die Folgen haben wir alle und spätere Generationen auszubaden.

Wie sähe nun die Lösung der Fragen aus, die uns bewegen, gibt es überhaupt eine Lösung oder sind wir auf Gedeih und Verderb mit dem kapitalistischen Finanz – und Wirtschaftssystem auf ewig verbunden ? In früheren Darstellungen habe ich wiederholt darauf hingewiesen, dass es durchaus eine Lösung gibt. Ohne eine einzelne Person oder Personengruppe für alles verantwortlich machen zu wollen, gibt es aber Gewinner und Verlierer in diesem System, wobei aller-

dings nur eine relativ kleine Gewinnergruppe einer sehr großen Verlierergruppe gegenübersteht. Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer zahlreicher. Erstmals stellt sich bei der Bewältigung der Krisensituation die Systemfrage. Nur wenn wir sie als solche erkennen, besteht die Möglichkeit, sie in eine Chance zu verwandeln.

Die Lösung ist die **Natürliche Wirtschaftsordnung**, sie stellt das Geld – und Finanzwesen durch Befreiung vom Zins und Zinseszins in den Dienst des Menschen, im Gegensatz zu heute, wo wir ständig zu Dienern des Geldes degradiert werden. Vieles wird durch das befreite Geld – inzwischen 420 Milliarden Geldkosten pro Jahr – möglich, wofür heute kein Geld zur Verfügung steht. Arbeiten, die heute nicht erledigt werden, weil sie nicht rentierlich sind, führen zu Vollbeschäftigung und Dauerkonjunktur ohne Wachstumszwang. Weitere Folgen wären : Ein stabiles Preisniveau, sichere Ersparnisse, bezahlbare Mieten, sichere Arbeit mit steigendem Realeinkommen, Abbau der Staatsverschuldung, bezahlbare Krankenkosten (weil die Menschen ohne Stress gesünder sind), Befriedung der Menschen im Innern unseres Landes und dadurch Friedfertigkeit nach außen und damit keine Kriege zur Durchsetzung imperialistischer Zielsetzungen.

Den Anfang einer anderen Behandlung der Geldfrage machen in Deutschland und weltweit die Menschen, indem sie in kleinräumigen, regionalen Wirtschaftsgebieten eigene Zahlungsmittel verwenden, die, statt Zinsen zu generieren, Gebühren kosten, wenn sie nicht für Waren – und Dienstleistungstausch ausgegeben werden. In Griechenland existiert seit geraumer Zeit der **Keireti**, das bedeutet : einer hilft dem anderen. Aus einem regionalen Tauschhandel ist diese regionale Währung entstanden, die zu einer Belebung des Arbeitsmarktes und Förderung der heimischen Wirtschaft geführt hat. Das Gleiche versuchen in Deutschland inzwischen etwa 40 Regionalwährungsinitiativen, in Schleswig Holstein haben wir die **KannWas**, mit gleicher Zielsetzung.

*Dr. Frank Schepke, Löptin im Januar 2012
Arbeitskreis Wirtschaft im Barkauer Land*

*

Annäherung beim Feilschen um Schuldenerlass

Quelle: www.Tagesschau.de 28.1.2010

Bei den Verhandlungen Griechenlands mit seinen privaten Gläubigern um einen Schuldenerlass zeichnet sich ein Fortschritt ab. Nachdem Ministerpräsident Lucas Papademos und Finanzminister Evangelos Venizelos eine weitere Verhandlungsrunde mit dem Internationalen Bankenverband IIF abgeschlossen hatten, sagte ein Regierungsvertreter, in juristischen und technischen Fragen seien sich beide Seiten deutlich nähergekommen. Die Einschätzung

wurde auch vom Internationalen Bankenverband IIF bestätigt, der die Gläubiger vertritt. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden. Vor dem EU-Gipfel am Montag soll es eine Vereinbarung über einen Schuldenschnitt geben.

Vor den Verhandlungen hatte sich Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann zuversichtlich gezeigt, "dass wir eine Lösung finden". Er ist Chef des IIF, der im Namen der Branche in Athen verhandelt. "Wir haben sehr viel getan. Das sind immerhin fast 70 Prozent Verlust, die wir in Kauf nehmen", sagte Ackermann dem Fernsehsender n-tv mit Blick auf den von Griechenland angestrebten Schuldenerlass.

Er verlangte zugleich eine Beteiligung aller Gläubiger. Der IIF vertritt nur rund 60 Prozent der privaten Gläubiger, bei denen Griechenland mit rund 200 Milliarden Euro verschuldet ist. Ein wichtiger Teil der Anleihen des Landes liegt in den Händen von Hedgefonds. Ob diese die Vereinbarung zu einem freiwilligen Schuldenerlass mittragen, ist ungewiss. Ackermann zielte mit seiner Forderung allerdings vor allem auch auf die Europäische Zentralbank (EZB) sowie die Staaten der Eurozone ab.



EZB-Direktionsmitglied Asmussen lehnt eine Beteiligung der Notenbank am Schuldenschnitt ab.

Die EZB ist durch den Kauf von griechischen Anleihen im Wert von geschätzten 40 bis 45 Milliarden Euro inzwischen vermutlich der größte Einzelgläubiger. Sie wehrt sich aber bislang entschieden, sich an dem Schuldenschnitt der privaten Gläubiger zu beteiligen. EZB-Direktionsmitglied Jörg Asmussen betonte, dass die beim Euro-Gipfel im Herbst vereinbarte Abkürzung PSI für die Privatsektor-Beteiligung an einer Griechenland-Sanierung für "private sector involvement" stehe. "Die EZB und das Euro-System sind klar nicht privat", betonte er. Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker machte derweil deutlich, dass er einen größeren Beitrag der Euro-Länder beim Schuldenerlass für Griechenland für notwendig hält. "Wenn die griechische Schuldentragfähigkeit unter Beweis gestellt wird und es ein Gesamtverständnis mit dem privaten Sektor gibt, wird sich auch der öffentliche Sektor fragen müssen, ob er nicht die Hilfestellung leistet", sagte er der österreichischen Zeitung "Der Standard". Ob die EZB sich beteilige, sei aber allein Sache der unabhängigen Notenbank.

Leserzuschrift

-Die Antwort ist ganz einfach - abschaffen!

Arbeitslosigkeit, Inflation (nicht die Waren werden teurer, sondern das Geld wird weniger wert) sind alles Folgen dieses verheerenden Systems.

Den Banken und so genannten Finanzexperten und auch führenden Politikern ist eines gemeinsam - ihnen allen ist das System der Freien Wirtschaftsordnung bekannt, in dem es keine Zinsen gibt. Da wird das Geld im Umlauf gehalten, weil eben Horten nichts bringt! Die Folge wäre Vollbeschäftigung und eine blühende Wirtschaft. Ich erinnere hier an die Anfangszeit der Kolonien in Amerika, dem Wunder von Gernsey und an das Wunder von Wörgel.

Hier könnte die Politik mal Mut beweisen und diese Möglichkeit zumindest zur Diskussion stellen.

Franz Mitterdorfer / Thailand

*

SATIRE

Heute, liebe Kinder, will ich eine neue Lach- und Sachgeschichte erzählen in meiner Sendung mit der Maus. Es ist zugleich eine Gute-Nacht-Geschichte, bei der es allerdings mehr um die Versendung unserer Mäuse geht. Genauer darum, wie all unsere Mäuse verschwinden - und zwar in Milliardenlöchern. Ich will euch nämlich erklären, was es mit Krediten auf sich hat.

Kredite sind nichts anderes als geliehenes Geld, liebe Kinder. Und wenn man einen Kredit haben will, braucht man erst einmal eine Bank. Es sei denn, man hat ein paar nette Millionärsfreunde und ist irgendwo Ministerpräsident. Aber solche Freunde hat nun mal nicht jeder, weil ja auch nicht jeder Ministerpräsident ist - oder gar Bundespräsident. Das sind nur ganz wenige Auserwählte, die man gerade deshalb auserwählt hat, weil sie einen ganz hohen Kredit haben, und zwar an Vertrauen im Volke. Das Wort Kredit kommt aus einer ganz alten Sprache und hat was mit einem Credo zu tun. Und Credo heißt übersetzt ins Deutsche, nichts anderes als - Glauben, Vertrauen. Doch wenn man das Vertrauenskapital einfach so verleiht im guten Glauben ohne Wenn und Aber, dann ist man zwar ein Gläubiger - aber eben nur im Aber-Glauben.

Wie gesagt, für einen Kredit ist normalerweise eine Bank vonnöten. Und natürlich sollte es eine wirklich gute Bank sein, also nicht irgendeine Bad Bank, von der man zuweilen reden hört. Schließlich will man auch gutes Geld haben. Deshalb braucht man einen Gutbänker, der auch gute Gewinne macht. Und da haben wir als gutes Beispiel für alle anderen den guten Onkel Ackermann. Der hat auch eine Bank, die er sich

in Frankfurt ans Mainufer hingestellt hat. Und weil auf dieser Bank eine ganze Menge Geld geparkt ist, handelt es sich nicht nur um eine kleine Parkbank. Nein, diese Bank ist schon ein bißchen größer und länger.

Und auf diese lange Bank hat sich der Onkel Ackermann geschoben. Da sitzt er also, weil er nun mal ein Vorsitzender ist. Demnächst allerdings muß er da nicht mehr sitzen, weil er dort nun lange genug gesessen hat. Obwohl es böse Menschen gibt, die meinen, der Onkel Ackermann sollte noch viel länger sitzen, allerdings ganz woanders.

Jedenfalls kriegt der Onkel Ackermann, weil er immer so brav auf seiner Bank sitzen geblieben ist, zum Abschied noch mal was Gutes zur Belohnung. Dann bekommt er nämlich einen Bonus. Auch dieses Wort, liebe Kinder, kommt aus einer ganz alten Sprache und bedeutet auf deutsch: das Gute. Weil nämlich der Onkel Ackermann an das Gute im Herzen der Menschen glaubt - auch in seinem eigenen Herzen. Genauer gesagt: über seinem Herzen. Da sitzt nämlich seine Brieftasche, und die ist eng mit seinem Herzen verwachsen. Und wenn in seiner Brieftasche so ein richtig fetter Bonus drin ist, dann macht sein Herz vor Freude einen Hüpfen. Das nennt man einen Herzschrittmacher.

Aber der gute Onkel Ackermann will auch, daß es anderen Menschen gut geht, besonders den armen Menschen in den armen Ländern Europas. Die sind so arm, weil sie gar kein Geld haben. Und deshalb leiht ihnen der Onkel Ackermann gelegentlich was. Er leiht sogar Leuten Geld, die ganz ungezogen sind und schlampig. Die nennt man Griechen. Doch auch denen gibt er Geld, allerdings nicht von seinem eigenen, denn so dick ist sein Bonus nun auch wieder nicht. Um ihnen einen Kredit zu geben, muß er sich selbst erst einmal einen Kredit besorgen. Und zwar bei uns. Wir haben nämlich auch eine Bank. Das ist die Europäische Zentralbank, die gehört allen Europäern. Die haben wir vorsichtshalber in Deutschland hingebaut, damit die anderen Europäer nicht so schnell rankommen. Die steht nämlich auch in Frankfurt am Main, so daß es der Onkel Ackermann zu Fuß nicht so weit hat, wenn er bei uns am Bankschalter einen Kredit beantragen will.

Und da der Onkel Ackermann ja den armen Menschen in den armen Ländern helfen will, geben wir ihm den Kredit auch ganz billig, nämlich zu einem Zinssatz von 1 Prozent. Ein Zins ist so etwas wie eine Leihgebühr, liebe Kinder. Das heißt: Wenn sich der Onkel Ackermann bei uns zum Beispiel 100 Euro pumpt, muß er irgendwann einen Euro extra dazuzahlen. Aber dieser eine Euro muß auch erst einmal verdient werden. Deshalb läßt der Onkel Ackermann das Geld zunächst ein bißchen arbeiten, bevor er es weitergibt. Und da wir ihm dieses Kapital, das

nun für ihn arbeitet, geliehen haben, nennt man das Leiharbeit. Glücklicherweise haben bei Leiharbeitern Gewerkschaften nichts zu melden. Da ist der Onkel Ackermann auch sehr froh drüber, weil die Gewerkschaften so raffsüchtig und geldgierig sind. Die sind immer nur hinter Gewerkschaftsbeiträgen her. Aber das Kapital zahlt keine Gewerkschaftsbeiträge; deshalb muß es der Onkel Ackermann auch nicht entlassen, weil es immer brav durcharbeitet, Tag und Nacht, auch an allen Feiertagen.

Da werden natürlich Nachtzuschläge und Feiertagszuschläge fällig, so daß für die Bank vom Onkel Ackermann hohe Bearbeitungsgebühren anfallen. Deshalb kann er den Kredit auch beim besten Willen nicht zu einem Zinssatz von einem Prozent weiter verleihen, so gern er das auch wollte. Nein, um auf seine Unkosten zu kommen, muß er nun eine etwas höhere Leihgebühr nehmen - zu einem Zinssatz bis zu 11 Prozent. Alles andere wäre auch peinlich, denn wenn der Kredit zu billig wäre, würden die armen Leute in den armen Ländern glauben, er wolle sie nur mit billigem Kram abspeisen. Nein, die sollen schon merken, daß an dem Kredit auch was dran ist.

Nun sind aber die armen Menschen in den armen Ländern so arm, daß sie noch nicht einmal die anfallenden Zinsen zahlen können. Und da wäre der gute Onkel Ackermann ja wirklich arm dran und würde selber in tiefste Not geraten. Deshalb gibt es in Brüssel eine Geldsammelstelle zur Rettung von Onkel Ackermann (auch wenn die etwas anders heißt). Da holt die liebe Tante Merkel einen Banken-Rettungsschirm aus der Tasche und aus unseren Taschen holt sie das Geld dafür. Auch andere europäische Länder müssen etwas dazugeben, aber nicht so viel wie wir, weil wir mehr Taschengeld haben.

Das gesammelte Geld überweist dann die Brüsseler Sammelstelle zum Beispiel an die griechische Regierung. Und die griechische Regierung überweist es weiter an die griechischen Banken. Denen hat der Onkel Ackermann nämlich die Kredite geliehen. Er hätte natürlich am liebsten den armen Menschen in den armen Ländern das Geld direkt überwiesen, aber er hatte leider nicht alle Konto-Nummern. Jedenfalls überweisen die griechischen Banken das Geld dann wieder zurück an den Onkel Ackermann, damit er zumindest einen Teil der Bearbeitungsgebühren zurückerkriegt. Das nennt man einen Geldkreislauf.

Doch nun werdet ihr euch fragen, liebe Kinder, was denn aus dem geliehenen Kapital geworden ist. Nun ja, das mit dem Kapital ist so eine Sache, und zwar eine ziemlich traurige. Als das Kapital nämlich noch unter der Aufsicht vom Onkel Ackermann war, da war es immer fleißig und hat Tag und Nacht gearbeitet. Aber dann hat Onkel Ackermann das Kapital auf Reisen geschickt. Und als es in den südlichen Ländern

landete - in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien - da sagte sich das Kapital: "Jetzt ist der Onkel Ackermann nicht mehr da und kontrolliert mich ständig; da muß ich nicht mehr so viel arbeiten. Ich mach einfach mal heimlich ein bißchen Urlaub." Und dann legte sich das Kapital in die südliche Sonne an den Strand und war plötzlich stinkend faul. Deshalb redet man auch von faulen Krediten.

Und mit so faulem Kapital konnte der Onkel Ackermann nichts anfangen; das wollte er auch gar nicht wiederhaben. Und so setzte er sich auf seine deutsche Bank und weinte gar bitterlich. Aber da wir alle den guten Onkel Ackermann so lieb haben, mußten wir ihm natürlich helfen. Schließlich haben wir ja immer noch unsere Europäische Zentralbank. Und die hat diese faulen Kredite einfach aufgekauft. Und die Zinsen bis zu 11 Prozent haben wir natürlich extra draufgelegt.

Aber wenn ihr jetzt gut aufgepaßt habt, liebe Kinder, dann wißt ihr auch, daß es sich um dasselbe Geld handelt, das wir dem Onkel Ackermann zu einem Zinssatz von 1 Prozent geliehen haben. Das versteht ihr jetzt vielleicht noch nicht, weil ihr noch zu klein seid und in den unteren Klassen. Das versteht man nur in den oberen Klassen, weil das höhere Mathematik ist und deshalb Hochfinanz. Doch es gibt auch Erwachsene, die bei der Prozentrechnung in der Schule nicht aufgepaßt haben und die meinen, um das zu verstehen, brauche man keine Prozente, sondern Promille.

Doch Promille, liebe Kinder, sind ganz großes Pfuibaba. Davon wird man nämlich besoffen. Und die Tante Merkel mahnt uns doch immer, wir sollten die Lage nüchtern betrachten. So wie ich euch diese Geschichte heute zur Ernüchterung erzählt habe. Aber jetzt müßt ihr langsam ins Bett, damit wir alle in Europa ruhig schlafen können. Und so sage ich euch nun das, was sich inzwischen fast alle in Europa sagen:

Na dann, gute Nacht!

Von <http://www.martin-buchholz.de>

*

JAHRE DER GENOSSERSCHAFTEN

Strom, Wärme, Treibstoffe ohne Erdöl, Kohle oder Atom
Können Sie sich vorstellen, dass es effektive, umweltgerechte Lösungen gibt:

Wie in Deutschland, Österreich und in der Schweiz innerhalb von 10 Jahren die Stromversorgung – 100% verfügbar - dezentral und einiges preiswerter als die jetzigen über kleinere Regionen erstellt werden kann. Ohne Verbrennung von Kohle, Gas oder Atom und auch kein teuren Zubau von Netzleitungen notwendig. Keine giftigen Abgase, keine Inflationsgefahr

wegen spekulativen Rohstoffen, und die Abwärme nutzbringend für Heizungen eingesetzt werden kann?

Wie Benzin, Dieselöl, Heizöl, Kerosin in höchster Qualität ohne Erdöl und einiges preiswerter ohne nennenswerte Inflationsgefahr hergestellt werden kann?

Wie Gemüse und Obst – alles was Blätter hat – preiswert nur durch Stärkung des Immunsystems ohne Chemie und Gift in höchster Qualität mit bis zu 50% höheren Erträgen erzeugt werden kann und die Ernte doppelt so lange hält?.

Wie diese Energieerzeugungsanlagen wesentlich preiswerter gegenüber den herkömmlichen Kraftwerken erstellt und auch privat finanziert werden können?

Wie in den Ortschaften und Regionen durch das Volk über Genossenschaften ohne staatliche Bremsen gleich mit den Vorbereitungen begonnen werden kann? Dafür werden organisationserfahrene Bürger um Mitwirkung gebeten.

Gravierende Vorteile für alle Menschen:

Schneller Rückgang der Vergiftung der Luft, der Erde und des Wassers. Die Menschen leben gesünder und insgesamt einiges preiswerter.

Es gibt fast nichts, was noch nicht erfunden ist! Fast alle Rohstoffe kann man von der Wiege bis zur neuen Wiege verwerten, damit können widerkehrende Kreisläufe geschaffen werden! Denn über 70-80% fast aller wichtigen Rohstoffe sind bereits ausgebeutet.

An was man immer denken sollte:

Seit 1970 hat sich die Menschheit verdoppelt, aber in den letzten 20 Jahren reduzierte sich das fruchtbare Ackerland um 25%. Obwohl ca. 2 Milliarden Menschen kaum was zu essen haben, wird ca. die Hälfte der Lebensmittel bei uns vernichtet und Weizen und Mais wird unnötig für Energien verwendet.

Täglich sterben 25-30.000 Menschen durch Hunger und verseuchtem Wasser.

Weitere Informationen:

www.umwelt-genossenschaft.de

Siehe auch:

<http://www.braungart.com/visionDE.htm>

*



NACHGEFRAGT

Claudia Lindner ist Leserin des freiwirtschaftlichen Rundbriefes. Als engagierte Musikerin sucht sie noch Betätigungsfelder. Hier ihr Eintrag in facebook. Wenn jemand was vermitteln kann bitte direkt Kontakt aufnehmen!

Liebe MusikFreundinnen und MusikFreunde! Im März (2012) habe ich bis jetzt noch ein paar Termine frei und könnte sehr gerne in euren Bands einspringen! Mehr als 600 Titel im Repertoire – sehr viele Stilrichtungen – TenorSax als Nebeninstrument. Meldet euch einfach beim mir, ich freue mich schon darauf!! Und bitte sagt's natürlich auch gerne weiter! Ein herzliches DANKE an euch allen!!

Mobil: 0177 / 6018026, www.claudia-lindner.net
info@claudia-lindner.net

*

NEU AUFGELGEGT

„Die unbequeme Nation“ geht in die vierte Auflage. Die unkonventionelle Geschichtsschreibung unseres Rundbriefautors Georg Kausch ist in der dritten Auflage schon wieder abverkauft. Einige Spezialbuchhandlungen haben sich es zur Aufgabe gemacht, mit diesem Buch Aufklärung zu betreiben. Danke dafür. Auch unseren Lesern steht das Buch weiterhin zur Verfügung. Gegen eine Spende von 20,- Euro oder mehr erhalten Sie das Hardcover-Druckwerk frei Haus geliefert.

Die unbequeme Nation

Im Jahre der 2000sten Wiederkehr der Schlacht bei Kalkriese, auch Hermanns- oder Varusschlacht genannt, ist es angebracht zu untersuchen, was Römer und andere fremde Mächte von den Deutschen und in ihrem Land wollten. Es ist bekannt, daß der Kampf zwischen Deutschen und Rom über 400 Jahre weiterging und mit dem Untergang des römischen Imperiums endete. Schon vor der letzten Entscheidung kam eine andere Macht empor, die in der Eroberung und Unterwerfung der deutschen Nation mehr Erfolg hatte: Die Kirche. Aber auch sie hat bis heute nur teilweise gesiegt und im 1500jährigen Kampf mit der deutschen Nation viele Rückschläge erlitten. Das Buch enthüllt unbekannte Zusammenhänge zwischen Religion/ Christentum, Landraub, Geld, Priestertum und Kapitalismus - Einflüsse, die entweder von allen Historikern verschwiegen, nicht beachtet oder nicht verstanden worden sind. Diesen Spuren wird im Buch nachgegangen, wobei der Verfasser geradezu sensationelle Ergebnisse aufzeigt. Priesterbünde üben ihre Herrschaft nicht nur über die Seelen, sondern auch das materielle Dasein der Menschen und die Volkswirtschaft durch ihre Geldmacht aus. Es stellt sich heraus, daß es Konjunktur und Rezession seit Jahrtausenden gibt und dem Menschengeschlecht schwer geschadet hat. Aber damit dürfen wir uns nicht abfinden. Jedes Wirtschaftssystem und jede Religion ist Menschenwerk; kann zerstört oder verändert werden, und Machthaber sind auch sterblich.

Das Druckwerk kann gegen eine Spende von wenigsten 20,- Euro bezogen werden.

Überweisung mit Adressangabe auf 2629909 Volksbank Montabaur BLZ 570 910 00

GEDENKEN



Am 17.3.2012 ist der **150. Geburtstag** Silvio Gesell's. Eigentlich hatten wir vor, zu seinem Geburtstag einen Blumengruß auf seinem Grab in Oranienburg niederlegen zu lassen. Der Friedhofsgärtner war so freundlich, den Kontakt zu seinen Nachfahren herzustellen. Von dort kam die sehr ablehnende Nachricht, dass wir von diesem Ansinnen Abstand nehmen sollen. Wir respektieren natürlich diesen Wunsch, auch wenn wir ihn nicht ganz nachvollziehen können. Es bleibt jedem Besucher des Friedhofes natürlich unbelassen, persönlich vor Ort sein Gedenken zu pflegen. Wir haben uns darüber gefreut, dass der Friedhofsgärtner von Oranienburg auf seiner Internetseite Silvio Gesell als eine zu würdigende Person aufführt.

<http://www.blumen-leymann.de>

*

ZU GUTER LETZT

Wie in jedem Jahr, steht auch in 2012 eine Jahresmitgliederversammlung an, die turnusgemäß in Würzburg stattfinden würde. Die Erfahrung des letzten Jahres lässt den Vorstand darüber nachdenken, eine neue Form des Austausches auszuprobieren. Mit den modernen Medien lassen sich sehr gut Konferenzen über das Internet ausrichten. Wir wissen, dass unsere bescheidene Zahl an Mitgliedern über die ganze Republik verstreut und sogar im Ausland leben, und es immer einen enormen Aufwand bedeutet, zu einer eintägigen Sitzung anzureisen.

Lassen Sie uns zu diesem Thema Ihre Meinung wissen. Sofern Sie Zugang zum Internet haben und über eine eigene emailadresse verfügen, senden Sie uns doch bitte eine Nachricht an info@freiwirte.de mit dem Betreff „Jahresmitgliederversammlung“. Wir werden dann prüfen, ob wir in diesem Jahr die Versammlung virtuell abhalten können.

*